

DIE **TOP 16** **ANGRIFFE AUF WIEN**

... und wie es tatsächlich aussieht!

Die „Top 16 - Angriffe“ auf Wien und wie es tatsächlich aussieht!

Angriffe gegen das „Rote Wien“ haben eine lange Tradition. Das „Rote Wien“ war anderen Parteien immer schon ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln wird versucht, Wien schlecht zu reden oder Wien Probleme zu machen.

Ein aktuelles Beispiel: ÖVP und FPÖ beklagen die Sicherheitslage in Wien. Seit über 15 Jahren verlangt Wien vom Innenministerium 1.000 PolizistInnen mehr, da Wien ja dynamisch wächst..

Was aber passiert tatsächlich: Im Vorjahr waren es wieder um 50 WENIGER!
Daher hat Bürgermeister Ludwig vorgeschlagen, die Polizei Wien zu übertragen, wenn der Bund mit der Aufgabe überfordert ist.

Hier findest Du die häufigsten Falschinfos – und wie es wirklich aussieht.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Dir Dein

Christian Oxonitsch

Entwicklung der Gesamtkriminalität in Wien

(angezeigte Fälle)



2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | Quelle: Kurier

Arbeitslosigkeit

In Wien sei die Arbeitslosigkeit so hoch,
sagen ÖVP und FPÖ.

1

Tatsache ist: Die Arbeitslosenquote ist in Wien höher als in anderen Bundesländern, aber nicht höher als in anderen vergleichbaren Großstädten auch. Dies vor allem deshalb, weil Großstädte mehr Jobchancen bieten und versprechen als ihr Umland. Deshalb wandern Menschen in wirtschaftlich erfolgreiche Städte und auf deren Arbeitsmärkte zu – in der ganzen Welt. Für Wien heißt das konkret: 260.000 Menschen aus Niederösterreich, dem Burgenland und selbst aus der Steiermark und Oberösterreich finden in Wien Arbeit, die ihnen ihr Bundesland nicht bieten kann! Andererseits gibt es kein anderes Bundesland, das eine landeseigene Arbeitsmarktförderung hat: der „Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds“ qualifiziert in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer arbeitslose Menschen und bietet ihnen so bessere Jobchancen.

Arbeitsmarkt

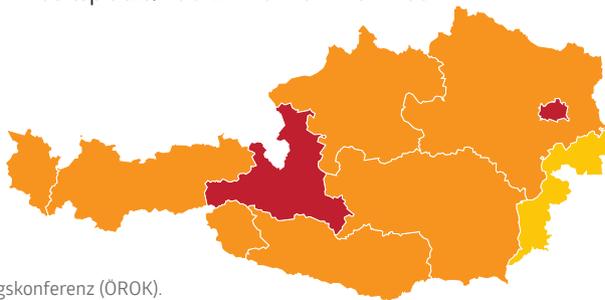
„Der Wiener Arbeitsmarkt hinkt den anderen Bundesländern hinterher“,
behaupten ÖVP und FPÖ unisono.

2

Tatsache ist: Wien ist auch bei der Zahl der Arbeitsplätze die Nr. 1 in Österreich. In Wien gab es 2018 fast 850.000 Arbeitsplätze. Im zweitgrößten Bundesland NÖ waren es dagegen nur 620.000, in OÖ 665.000. Auch der Zuwachs an Arbeitsplätzen war mit fast 20.000 gegenüber 2017 in Wien von allen Bundesländern am stärksten. Monat für Monat erzielt Wien derzeit Beschäftigungsrekorde. Und: Gemeinsam mit Salzburg die größte ARBEITSPLATZDICHTe – d.h. Arbeitsplätze/100 EinwohnerInnen – auf.

Arbeitsplätze je 100 EW
Österreich: 47

- > 50
- > 40 bis 50
- ≤ 40



Quelle: Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK).
Statistik Austria: abgestimmte Erwerbsstatistik (ab 2015)

3

Verschuldung

Ein Klassiker der schwarzblauen Falschinformationen:
Wien sei Schuldenkaiser.

Wahr ist: Wien liegt bei der Verschuldung der Bundesländer (Länder und Gemeinden) im Mittelfeld auf Platz 5, wenn man richtigerweise Länder und Gemeinden zusammenzählt, denn Wien ist ja Land und Gemeinde zugleich. 7,3 Mrd. Euro Schulden bei rund 93 Mrd. Euro Bruttoregionalprodukt in Wien sind dennoch vergleichsweise wenig gegen 212 Mrd. Euro Schulden des Bundes von 385 Mrd. Euro BIP. Und mehr als die Hälfte dieser Staatsverschuldung haben übrigens ÖVP-Finanzminister seit dem Jahr 2000 gemacht!

Verschuldung 2017 pro Kopf in Euro (Länder u. Gemeinden)

1. Kärnten	6.973
2. Niederösterreich	6.016
3. Steiermark	5.268
4. Burgenland	4.216
5. Wien	3.862
6. Salzburg	3.645
7. Oberösterreich	2.819
8. Vorarlberg	1.894
9. Tirol	964

4

Wirtschaftskraft

„Salzburg überholt Wien in der Wirtschaftsleistung“,
war vor einiger Zeit zu lesen.

Dann mussten die Zahlen revidiert werden. Und hier zeigt sich: Wien hat nach wie vor die mit Abstand größte Wirtschaftsleistung aller Bundesländer. Wien ist mit einem Bruttoregionalprodukt von 49.200 pro Kopf nach wie vor wirtschaftsstärkstes Bundesland Österreichs vor Salzburg mit 48.900 Euro (Zahlen 2016). Aber wir freuen uns auch, wenn andere Bundesländer aufschließen. Das Bruttoregionalprodukt Wiens liegt mit 93 Mrd. Euro deutlich über allen anderen Bundesländern.

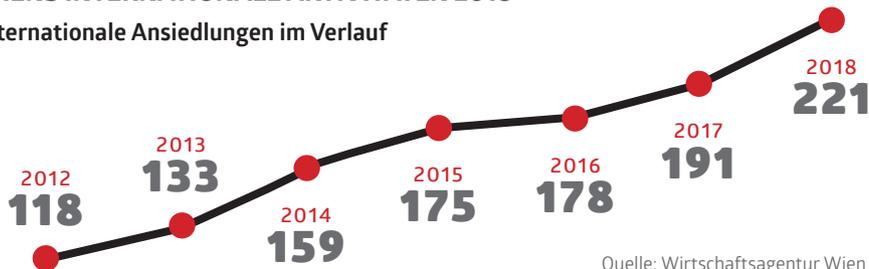
BRP pro Kopf in Euro

	2016 Veröffentlichung	2016 Revision
Wien	48.600	49.200
Salzburg	48.700	48.900

Wien ist aber auch die Nr. 1 unter allen Bundesländern bei Betriebsneugründungen und die Nr. 1 unter allen Bundesländern bei Betriebsansiedlungen aus dem Ausland. In Wien ließen sich mehr Firmen nieder als in den anderen 8 Bundesländern zusammen!

WIENS INTERNATIONALE AKTIVITÄTEN 2018

Internationale Ansiedlungen im Verlauf



Gebühren

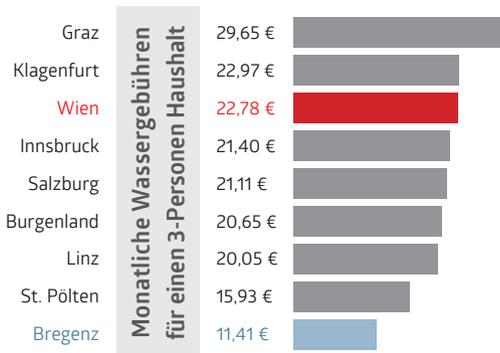
5

Wien zocke bei den Gebühren die BürgerInnen ab, behaupten ÖVP und FPÖ.

Wahr ist, dass Wien bei fast allen Gebühren im DURCHSCHNITT der Landeshauptstädte liegt! Im oder sogar UNTER dem Durchschnitt liegen etwa die Tarife für eine Jahreskarte im Öffentlichen Verkehr, der Strompreis, die Restmüllgebühr, der Ganztageskindergarten und die Eintrittspreise in städtische Bäder. Und dafür bietet Wien diese Dienstleistungen in einer anerkannt hohen Qualität.

Wien bietet als Millionenstadt auch bestes Hochquellwasser aus den Alpen zu einem günstigsten Tarif an. Ein Faktum, um das wir auch international beneidet werden.

Der Durchschnitt bei den Landeshauptstädten für einen 3-Personen Haushalt liegt bei 21,82 Euro/Monat.



Annahme: 3-Personen Haushalt mit 366 Liter Wasser-Tagesverbrauch. Bregenz berechnet nicht m³ Wasserverbrauch, sondern nach m² Wohnfläche. Quelle: Preisschemata der jeweiligen Landeshauptstädte. Eigene Berechnungen.

Und auch im Vergleich mit großen deutschen Städten zeigt sich: Wien ist besser und preiswerter.

Der Durchschnitt bei den Landeshauptstädten für einen 3-Personen Haushalt liegt bei 28 Euro/Monat.

Annahme: 3-Personen Haushalt mit 366 Liter Wasser-Tagesverbrauch.
 Quelle Deutschland: billiger.de, 122 Städte-Vergleich Wasserkosten (03/2016)
 Quelle Wien: Eigene Berechnungen.



6

Öffentlicher Verkehr

Oft reden ÖVP und FPÖ von den „teuren Öffitickets“

Tatsache ist: Auch wenn es um die Tickets für den Öffentlichen Verkehr geht, zeigt sich, dass Wien seinen BewohnerInnen ein bestausgebautes Öffi-Netz zu äußerst günstigen Tarifen bietet.

Und: Wir in Wien stehen für Privatisierungen im öffentlichen Verkehr nicht zur Verfügung - ganz im Gegensatz zur ÖVP und FPÖ. Denn Privatisierungen haben hier immer gezeigt: Die Fahrgäste bekommen schlechteres Service bei höheren Tarifen.



Mindestsicherung

7

In Wien würde die Zahl der BezieherInnen von Mindestsicherung explodieren – behaupten ÖVP und FPÖ immer wieder.

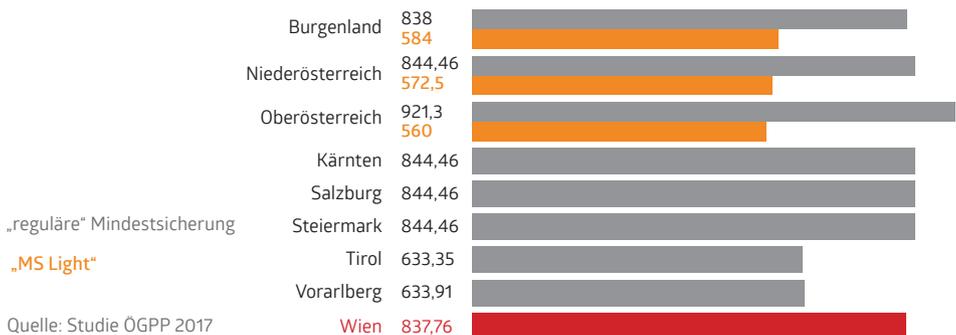
Auch das ist falsch! Die Mindestsicherung ist das letzte soziale Netz für Menschen in Notlagen. Bis März 2017 ist die Zahl der BezieherInnen in allen Bundesländern gestiegen. Am stärksten in Niederösterreich (+61,2%), Vorarlberg (+52,4%), Steiermark (+46,8%) und Oberösterreich (+43,4%). Seither sinkt die Zahl. Im Dezember 2018 befanden sich 669 Personen weniger im Leistungsbezug als ein Jahr davor. Auch weil in Wien mit dem „Wiener Mindestsicherungsgesetz“ zusätzliche Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gesetzt wurden. Dass es in Wien in absoluten Zahlen mehr MindestsicherungsbeziehernInnen gibt liegt auch daran, dass am Land Armut offenkundig wird, wenn man am Gemeinderat darum ansucht und deshalb viele Menschen gar nicht ansuchen.

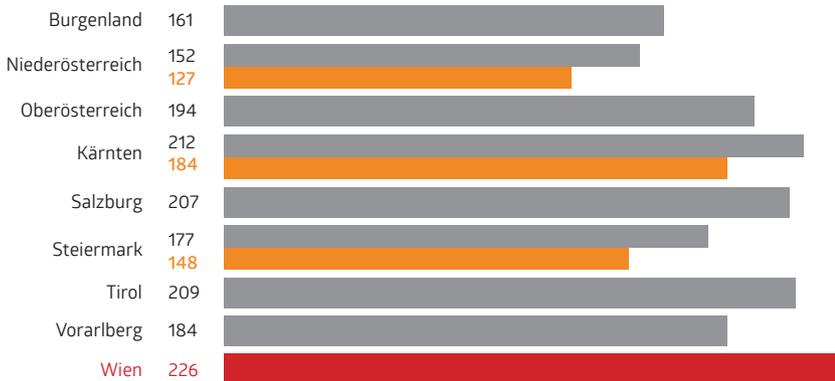
Wien würde großzügig Mindestsicherung auszahlen – eine weitere Falschinfo von Schwarz-Blau!

Wahr ist: Fast alle Bundesländer haben höhere monatliche Richtsätze als Wien. Lediglich bei der Unterstützungsleistung für Kinder ist Wien mit 226 Euro pro Kind Spitzenreiter – und das ist gut so! Und nur 12 Prozent aller BezieherInnen der BMS in Wien bekommen den vollen Betrag, 73% sind Aufstocker (Personen, die ein zu geringes Einkommen haben und zusätzlich eine Unterstützung aus der BMS erhalten), 15% beziehen eine Dauerleistung bzw. Mietbeihilfe. Durchschnittlich erhielt eine Bedarfsgemeinschaft 658 Euro pro Monat.

Weitere spannende Infos zur Mindestsicherung:

<https://www.wien.gv.at/kontakte/ma40/pdf/quartalsbericht-4-2018.pdf>





Unterstützungsleistung für: 1. bis 3. Kind ab 4. Kind

Quelle: Studie ÖGPP 2017

8

Wohnen + Obdachlosigkeit

In Wien gäbe es 15.000 Obdachlose, hat Bundeskanzler Kurz unlängst behauptet – und damit gemeint, dass diese Menschen in Wien auf der Straße wohnen.

Wahr ist: Der Fonds Soziales Wien hat 2017 11.100 Menschen in der Wohnungslosenhilfe betreut. Das bedeutet, die Meisten davon leben nicht auf der Straße, sondern in betreuten Einrichtungen, wo sie zudem einen Beitrag für ihre Unterbringung zahlen. Als Notquartiere im Winter stehen zusätzlich 1.400 Schlafplätze zur Verfügung. Dank dieser sozialen Maßnahmen ist in Wien im Unterschied zu vielen Städten in Europa niemand auf der Straße erfroren.

In Wien wohnen über 60 Prozent der Bevölkerung in einer kommunalen oder geförderten Wohnung – so viel wie in keiner anderen Stadt Europas. Dieses erschwingliche Angebot ist mit ein Grund, dass Menschen in Wien nicht völlig dem teuren privaten Wohnungsangebot ausgeliefert sind. Klar ist aber auch: wenn FPÖ und ÖVP in Wien regieren würde, wäre der Verkauf dieser Wohnungen an Immobilienhaie eine der ersten Maßnahmen. So wie die Bundeswohnungen der BUWOG durch Schwarz-Blau verkauft wurden. Dort wurden die Wohnungen teurer und der Mieterschutz wurde abgebaut.

Bildung

9

Ein Dauerbrenner: „In Wien gibt's eine Bildungsmisere“

Wien bietet Bildung ab dem Kleinkindalter. Kein anderes Bundesland bietet so viele Krippenplätze wie Wien. Gut 44% der 0-2 Jährigen besuchen in Wien einen Kindergarten. Damit ist Wien das einzige Bundesland, dass die Vorgaben der EU erfüllt.

Wien hat von allen Bundesländern auch das beste und breiteste Angebot an Kindergärten - mit den längsten Öffnungszeiten und den kürzesten Ferien- und Schließzeiten.

	Mehr als 9 Stunden am Tag geöffnet	Mehr als 47 Wochen pro Jahr geöffnet	Anzahl der Schließtage gesamt in den Kindergärten
WIEN	94,60 %	99,50 %	5,1
Burgenland	56,60 %	17,40 %	36,1
Kärnten	59,40 %	44,10 %	29,3
Niederösterreich	46,10 %	39,40 %	30,2
Oberösterreich	26,50 %	40,20 %	27,6
Salzburg	48,70 %	51,00 %	27,7
Steiermark	45,30 %	87,40 %	21,1
Tirol	35,20 %	54,80 %	34,1
Vorarlberg	33,30 %	55,40 %	31,6

(Quelle: Kindertagesheimstatistik 2017/18)

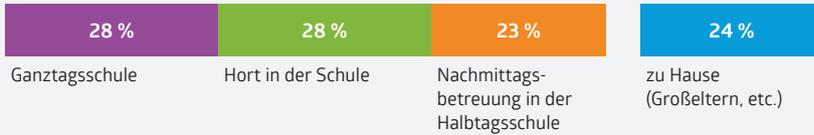
... und das alles beitragsfrei!

Wien bietet aber auch eine große Fülle an unterschiedlichsten Schultypen, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Darüber hinaus ist auch das Angebot an ganztägigen Schulen am Größten.

Nachmittagsbetreuung: Wer was nutzt

(Quelle: IFES- Befragung der AK)

Wien, Volksschulkinder (inklusive Mehrfachnutzung)



Österreich-Schnitt, Volksschulkinder



Wien ist mit rund 200.000 Studierenden auch zur größten Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum aufgestiegen. In keiner Stadt des deutschen Sprachraums gibt es mehr Studierende als in Wien. Die nächstgrößten Universitätsstädte sind Berlin und München. So viele Bildungschancen wie in Wien gibt es kaum wo in Europa.

Wie hat doch ein junger Studierender kürzlich zu Bundeskanzler Kurz gesagt: „*Ich stehe zeitig in der Früh auf, denn im Gegensatz zu Ihnen möchte ich mein Studium abschließen.*“

10

Sicherheit

Seit mehr als 15 Jahren verlangt die Stadt Wien vom zuständigen Innenministerium 1.000 PolizistInnen mehr für Wien. Die Sparpolitik von Schwarz-Blau 1 (2000-2006) hat auch die Polizei massiv getroffen.

Tatsache ist: Dieser Forderung wurde nicht entsprochen. 2018 gab es in Wien sogar um 53 PolizistInnen WENIGER als 2017. Seit dem Jahr 2000 gab es in Österreich nur Innenminister der ÖVP und der FPÖ. Sie allein tragen die Verantwortung für die Sicherheitslage in unserem Land. Wenn sie diese Aufgabe nicht bewältigen, dann sollen sie die Polizei an die Bundesländer übertragen. Das hat Wiens Bürgermeister Ludwig kürzlich vorgeschlagen. Denn Wien ist in seiner Geschichte schon mit ganz anderen Aufgaben fertig geworden.

Angriff auf Wiener Linien

11

Diese Bundesregierung schadet den Öffentlichen Verkehrsmitteln
anstatt sie zu fördern.

Durch Umschichtungen bei Energiepauschalen will die Bundesregierung die Wiener Linien künftig jährlich 9 Millionen Euro mehr für Strom bezahlen lassen und somit den öffentlichen Verkehr verteuern.

Im Regierungsprogramm ist die Abschaffung der „Zählpunktsaldierung“ festgeschrieben. Das bedeutet eine 15 Millionen-Belastung für Betreiber von Straßen- und U-Bahnen. Am härtesten trifft es Wien wegen des dichten Streckennetzes. Denn: In Österreich gibt es nicht nur verbrauchsabhängige Stromkosten, sondern auch Pauschalbeträge, z.B. die Ökostrompauschale. Diese Beträge werden pro Zählpunkt an den Stromempfänger verrechnet. Jeder Haushalt, jeder Betrieb hat einen Zählpunkt. Das Wiener U-Bahn-Netz hat über 100 Zählpunkte, über die Strom bezogen wird. Schließlich müssen sie ihre Züge immer mit Strom versorgen können, damit keine Unfälle passieren oder ein Zug im Tunnel stecken bleibt. Bisher wurden diese 100 Punkte zu zwei Zählpunkten zusammengelegt, weil zwei verschiedene technische Systeme genutzt werden und die Wiener Linien ein einzelner Betrieb sind. Diese Zusammenlegung soll abgeschafft werden. Aus 2 werden 100 Zählpunkte. Die Wiener Linien zahlen künftig 100 Mal die Ökostrompauschale: 9 Millionen statt 180.000 Euro. Sie zahlen dann fast 50% der Ökostrombeiträge aller österreichischen Industriebetriebe. Die Bundesregierung schadet damit massiv dem beispielhaften Öffentlichen Verkehr in Wien – und allen WienerInnen.

Ökostromkostenexplosion für Winer Linien



12

ÖVP Attacke auf Biomasse-Kraftwerk Simmering

Mit dem geplanten Biomassegesetz von schwarz-blau sollte angeblich die Biomasse gerettet werden. Wien sei Schuldenkaiser.

Das Gegenteil wäre der Fall gewesen. Obwohl das Biomassegesetz Kosten von 150 Millionen Euro bei den Stromkunden verursacht hätte, hätten die meisten aller Biomassekraftwerke auf Grund der viel zu niedrigen Fördertarife sofort schließen müssen. Vor allem das größte und effizienteste Biomassekraftwerk Österreichs, das der Wien Energie in Simmering, hätte schließen müssen. Das Wien-Bashing erreicht hier eine neue Dimension, statt Ökostrom zu fördern, opfert die Bundesregierung ein hocheffizientes Ökostromkraftwerk dem Parteikalkül. Einziger Profiteur wäre die Papier-Lobby gewesen: Denn je mehr Holzkraftwerke ihren Betrieb einstellen müssen, desto günstiger wird der Rohstoff Holz und umso gewinnbringender ist in der Folge die Papierherstellung. Deshalb hat die SPÖ das Gesetz in letzter Minute im Bundesrat verhindert und fordert die ÖVP seither auf, endlich aus der Schmollecke zu kommen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren um ein tragfähiges und effizientes Biomassegesetz zu verabschieden. Die ÖVP wehrt sich aber beharrlich dagegen mit der SPÖ zu sprechen. Sie geht lieber einen rechtlich höchst unsicheren und langwierigen Irrweg mit einem Grundsatzgesetz und neun Landesgesetzen zur Förderung der Biomasse, das am Ende wohl von der EU-Kommission als illegale Beihilfe abgelehnt wird.

13

Das „Sparen im System“

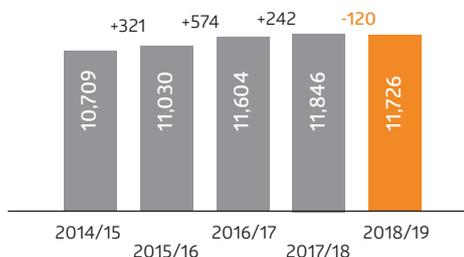
„Wir kürzen im System, nicht bei den Menschen“ haben Kurz und Co bei Regierungsantritt behauptet.

Die Wahrheit ist: Die Kurz-Regierung gibt fast 25 Prozent mehr für Kabinett-Personal aus als die Vorgänger-Regierung. 31 Millionen müssen die Steuerzahler für die Minister-Büros bezahlen – jedes Jahr. Über 270 Personen arbeiten unter ÖVP- und FPÖ-MinisterInnen in

den Kabinetten – das sind um 110 Personen mehr als der SPÖ/ÖVP-Regierung. Eine Personal-Aufstockung um fast 70 Prozent.

Kürzungen gibt es hingegen bei der Mindestsicherung, bei Gewaltschutz von Frauen, bei Job-Programmen. Ein besonders perfides Spiel betreibt Schwarz-Blau z.B. in der Bildungspolitik: So werden gezielt Ressourcen gestrichen, um dann mit dem Finger auf Wien zu zeigen. Gestrichen wurden Deutsch-FörderlehrerInnen, IntegrationslehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen und Unterstützungsteams für interkulturelle Konflikte in den Schulen. Und trotz steigender Schülerzahlen in Wien stellt der Bund 120 LehrerInnen weniger zur Verfügung - unter anderem für Sprachförderung. Gekürzt wurde auch die Förderung von 1.500 Ganztageschulplätzen pro Jahr.

Das sozialdemokratische Wien geht einen anderen Weg: Durch Investitionen von erstmals über 170 Mio Euro in den Schulneubau, durch Unterstützung durch die Gratisnachhilfe, durch Schulkooperationsteams und die neue Soforthilfe-Hotline.



PflichtschullehrerInnen werden in Wien erstmals seit 2014 weniger obwohl es mehr SchülerInnen gibt!

Quelle: BMBWF

Arbeitsmarktpolitik

14

Wem das AMS hilft und wem nicht, das entscheidet künftig der Computer. Der AMS-Algorithmus teilt Jobsuchende in drei Kategorien ein. Wer in der letzten Gruppe landet, wird fallen gelassen. In Wien trifft das fast jeden zweiten Arbeitslosen, betroffen sind vor allem Österreicher über 45 und Menschen mit gesundheitlichen Problemen.

Die Regierung hat die Mittel für Arbeitsmarktpolitik **deutlich gekürzt**: 2019 steht dem AMS um ein Drittel weniger Geld als geplant zur Verfügung. Das erzeugt Druck auf die Mitarbeiter. Menschen mit schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt – ältere Arbeitslose, Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Mindestsicherungsbezieher – bekommen kaum noch Betreuung.

Das geht so: Arbeitslose werden vom AMS mittels **Algorithmus** in drei Kategorien unterteilt. Dazu werden in den Algorithmus verschiedene **persönliche Merkmale** eingespeist. Manche bringen Pluspunkte, andere Minuspunkte. Das hat schwere Folgen für die Arbeitssuchenden in Wien: Von 140.000 WienerInnen, die beim AMS gemeldet sind, wird mit 61.000 Personen im C-Segment künftig fast jeder 2. Jobsuchende benachteiligt.

15

Die „Belebung des ländlichen Raumes“

„Wir beleben den ländlichen Raum“ tönte die ÖVP anlässlich der geplanten Absiedlung des Umweltbundesamtes mit seinen über 500 MitarbeiterInnen aus Wien.

Die Wahrheit ist: Mit „Stärkung des ländlichen Raumes“ hat Klosterneuburg rein gar nichts zu tun. Es ist in Wahrheit nur durch ein Schild von Wien getrennt und eine der reichsten Gemeinden Österreichs. Es gehört eindeutig zum urbanen Raum, wie auch Raumplanerin Gerlinde Weber von der Universität für Bodenkultur Wien im ORF Report erklärt.

57 Millionen Euro wird der Umzug samt Neubau kosten – viel Geld für ein Amt, das in den letzten Jahren finanziell ausgehungert wurde. Gutachten hat man für dieses Projekt keine erstellt, Alternativszenarien nicht durchgerechnet. Offizielle Anfragen an die Stadt Wien für Alternativstandorte hat es keine gegeben. Diese Absiedlung macht deutlich: Dieser Regierung geht es nicht um sinnvolle Lösungen, sondern einzig darum Wien zu schaden.

Wien ist Top bei der Lebensqualität

16

„Die Mercer-Studien, die Wien immer den Spitzenplatz bei der Lebensqualität bescheinigen, sind ja nur Managerumfragen“, behaupten Schwarz-Blau immer wieder.

Tatsache ist: Wien ist 2018 wieder - mittlerweile zum neunten Mal in Folge - zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt worden. Die Millionenstadt funktioniert – von der Kinderbetreuung über die öffentlichen Verkehrsmittel bis zur Müllabfuhr. Für das Ranking analysiert die Beratungsfirma Mercer jährlich die Lebensqualität in 231 Städten der Welt. Die Analyse erfolgt dabei anhand von 39 Kriterien, darunter Gesundheitsstandards, politische Stabilität, Wirtschaftslage, Bildungssystem, Wohnungsmarkt und Naturschutz. In die Bewertung fließen zu 98 Prozent harte Daten ein, die von unabhängigen Instituten und Behörden erhoben werden. **Die Wahrheit ist:** Nur für die restlichen zwei Prozent der Punktwertung werden Expats befragt. Das sind Menschen, die in der Regel für eine begrenzte Zeit aus dem Ausland nach Wien kommen, um hier zu arbeiten. Aber auch zahlreiche andere Studien bescheinigen Wien Top-Plazierungen.



2009-2018
Quality of Living
Ranking
(Mercer)



2018
Most liveable
City Index
(Monocle)



2018
Global liveability
Index
(Economist)



2019
Europe's greenest
Capital Cities
(Compare the market)



2018
The EIU liveability
Survey
(EIU)



2018
Sustainable Cities
Index
(Arcadia)



2019
World's smartest
City
(Roland Berger)



2018
World's most
reputable cities
(Reputation Institute)



2019
State of the
world cities
(UNO)

Lebenswert, innovativ & jung: Wien unter den Top Cities weltweit!

Die schwarzblaue Bundesregierung arbeitet nicht nur gegen Wien und die WienerInnen. Sie schadet auch allen ÖsterreicherInnen u.a. durch

- Einführung des 12 Stunden-Tages
- Abschaffung der Aktion 20.000
- Kürzung bei Frauenprojekten
- Zerschlagung des Sozialversicherungssystems
- Abschaffung der Notstandshilfe
- Rücknahme des Nichtraucher-schutzes
- Angriffe auf die Arbeiterkammer
- Das „Karfreitags-Desaster“
- Kürzung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik
- Kürzungen bei der Deutschförderung in den Schulen
- eine rückschrittliche Bildungspolitik

Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:

SPÖ Ottakring, Schuhmeierplatz 17, 1160 Wien

www.ottakring.spoe.at

